

# cuba report

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.

Heft 4 | 2008



## Zu laute Musik für Castro

### Weltweite Proteste verhindern Haftstrafe für Kubas populären Punkrocker Gorki Aguila

Punkrocker Gorki Águila kommt mit einem Bußgeld davon, weil seine Band "Porno Para Ricardo" zu laut musiziert hat - nachdem ihm eigentlich wegen "potentieller Gefährdung der Gesellschaft" eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren drohte. Doch nicht die Musik der Punker war zu laut, es waren die weltweiten Stimmen des Protests.

Punker sind frech wie Oskar und für vulgäre Texte bekannt, die das System und die Politik im Lande nicht nur kritisieren, sondern hämisch verspotten. Das tun alle Punker, ob sie nun in Deutschland, Japan, Australien oder auf der diktatorisch regierten Karibikinsel Kuba grölen. Nur dass es dort nicht bei Beschwerden von Normalbürgern bleibt, die empört die Nase rümpfen.

"Mit Raúl an der Spitze bleibt die Scheiße genau die gleiche" ist noch einer der harmloseren Sätze aus dem Repertoire der kubanischen Punkband mit dem erotisch verfremdeten Sowjet-Symbol. Seit mehreren Jahren sind "Porno Para Ricardo" in Kuba verboten und können nur illegal in privaten Räumen auftreten. Trotzdem sind die vier Männer, die kein Blatt vor den Mund nehmen, in Kuba recht bekannt, nicht zuletzt aufgrund der Popularität in ihren Anfangsjahren, als ihre Lieder noch landesweit im Radio gespielt wurden und dank des Internets, in dem ihre Lieder und Ansichten ungehindert verbreitet werden.

**"Dieser Mut ist einzigartig"**

Es war nicht das erste Mal, dass der Wuschelkopf mit dem Silberring in der Nase, der so gar nicht wie ein "Westpunker" aussieht, verhaftet wurde. Der Vater einer elfjährigen Tochter pfeift schon lange auf die Einschränkungen und Repressionen des Regimes und nimmt sein Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch, wo er gerade geht und steht. Waren die Texte in den ersten Jahren nach der Bandgründung 1998 noch metaphorisch und interpretierbar, gilt seit dem offiziellen Auftrittsverbot im Jahr 2002: Die Dinge werden beim Namen genannt. Ohne Beschönigungen. In besagtem Jahr liefen die Lieder von "Porno Para Ricardo" im kuba-



**Gorki Águila, Frontmann der regimiekritischen kubanischen Punkrock-Band "Porno Para Ricardo". Auf seinem T-Shirt: "Grosser Irrtum 59" - Hinweis auf 1959, die Machtergreifung durch die Castro-Brüder auf Kuba.**  
Bild: miamiherald.com

nischen Radio, schließlich wurden sie mit dem kubanischen Lucas-Preis in der Kategorie "Rockmusik" ausgezeichnet. Dafür strafte sie das Castro-Regime mit der Verbotsplakette - und schoss sich damit selbst ins Knie. Im darauffolgenden Jahr wurde Gorki Águila wegen angeblichen Drogenbesitzes zwei Jahre eingesperrt, was seine Motivation, "laut auszusprechen, was alle denken", nur noch steigerte. Da soll "El Commandante" dann schon mal aufhören, Oralsex mit Männern zu haben.



**Punkrocker Gorki Águila kommt mit einem Bußgeld davon, nachdem ihm eigentlich wegen "potentieller Gefährdung der Gesellschaft" eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren drohte. Gorki Águila wurde am 25. August 2008 "präventiv" verhaftet. Bild: penultimosdias.com**

Was "Porno Para Ricardo" sich trauen, sei einmalig in der Geschichte Kubas, meint Uva de Aragón vom Cuban Research Institute der Florida International. Es hätte in den letzten 40 Jahren zwar auch andere protestierende Künstler gegeben, die beim kubanischen Regime in Ungnade gefallen seien. Aber Gorkis Truppe würde jene bei weitem übertreffen. "Es ist eine Sache, zu sagen, die Regierung mache Fehler, dieses oder jenes funktioniere nicht, aber Raúl und Fidel direkt anzusprechen, ist etwas völlig anderes." Über ihre einmalige Direktheit hinaus seien sie auch die einzigen, die nicht irgendwann das Lager gewechselt hätten. "Darin liegt ihre besondere Bedeutung", glaubt Boris Luis Santa Coloma von Radio Martí.

#### **Free Gorki! Ein Aufruf geht um die Welt**

Der Slogan "Free Gorki" ging um die Welt, renommierte internationale Zeitungen und Rundfunkanstalten wie die



**Nach dem Prozeß: Claudia Cadelo De Nevi (li.), Punkrocker Gorki und Yoani Sánchez (r.), deren Blog "Generation Y" auf Kuba nicht zugänglich ist. Bild: desdecuba.com/generaciony**

BBC, der Miami Herald oder The Daily Telegraph berichteten ausführlich über den Fall. Mittwochs, zwei Tage nach der Verhaftung, kündigte die kubanische Regierung eine Gerichtsverhandlung für Freitag an. Dieses eilige Vorgehen erschwerte es der Familie und den Freunden von Águila enorm, einen Anwalt zu finden. Es sei ohnehin schwer genug freigesprochen zu werden, auch mit Anwalt, da ja kein Delikt vorliege, somit auch keine Beweise existieren können und nur die Aussage der Polizei gelte, erklärte der Gitarrist und Bandgründer Ciro Diaz die verzwickte Lage.

Gorki Águila bat deshalb um "diplomatische Beobachter", verweigerte allerdings die Hilfe der in den USA ansässigen Cuban American National Foundation, was wohl mit der generellen apolitischen Haltung der Band zusammenhängt. Auf ihrer Webseite stellen sie klar, dass sie unabhängig und als Individuen handeln, keine Gelder von Organisationen oder Parteien annehmen und strikt verbieten, ihr geistiges Eigentum für politische Zwecke, egal welcher Richtung, zu verwenden. Wer das "Wagnis" eingehen sollte, sich nicht an diese Weisungen zu halten, würde es "bedauern", schreiben die Latinopunker auf ihrer Website. In gewohnt kampflustiger Manier drohen sie: "Es wird Ihnen ergehen, als würde Sie ein rabiatier Hund in den Hintern beißen." Damit schützten sie sich gleichzeitig vor dem Castro-Regime, das ihnen so nicht vorwerfen könne, Geld vom 'Yankee-Imperialismus' zu erhalten, erklärte die Mexikanerin Laura García, die eine Doktorarbeit über Widerstandsbewegungen dieser Art verfasst hat, dem Miami Herald.

Am Abend vor der Gerichtsverhandlung veranstalteten die übrigen Bandmitglieder ein Konzert auf dem Malecón, dem Platz vor der amerikanischen Vertretung, für das sie den bekannten kubanischen Sänger Pablo Milanés gewonnen hatten. Die Mehrheit der Anwesenden vor der "Antiimperialistischen Tribüne", auf der das kubanische Regime selbst Veranstaltungen zu organisieren pflegt, stellten Fans des offiziell regimetreuen Sängers.

Laut Angaben der Bloggerin Yoani Sánchez waren mehr Polizisten als Konzertbesucher anwesend. "Ganz eindeutig, sie haben darauf gewartet", schreibt sie in ihrem Blog "Generación Y". Eine Stunde sei das Konzert ruhig verlaufen, bis sie zusammen mit anderen Gorki-Anhängern in den hinteren Reihen ein Transparent entfaltete, auf dem "Gorki" stand. Sie hätten kaum seinen Namen gerufen, als die Polizisten und Polizistinnen sich auf sie stürzten und anfangen auf sie einzuschlagen. Die Staatsdiener agierten schnell genug, damit das Publikum in den vorderen Reihen und sogar Pablo Milanés nichts von dem Tumult weiter hinten bemerkten. Viele Aktivisten wurden abgeführt, darunter auch Ciro Diaz. Nach Angaben von Yoani Sánchez wurden alle Verhafteten nach wenigen Stunden oder spätestens am nächsten Tag wieder entlassen.

#### **Nicht die Musik war zu laut, sondern das globale Echo**

Die Bitte nach diplomatischem Beistand wurde tags darauf in erstaunlicher Weise erhört. Zahlreiche Botschafter, Menschenrechtsaktivisten und internationale Medien kamen zur Gerichtsverhandlung - letztere wurden aller-

dings ausgeschlossen. Das globale Interesse setzte die kubanischen Behörden so unter Druck, dass sie die Anklage wegen "potentieller sozialer Gefährlichkeit" schnell fallen ließen und stattdessen ein Bußgeld über 600 Pesos, umgerechnet etwa 19 Euro, verhängten. Die Band sei während der Aufnahmen zu laut gewesen.

Der internationale Druck war entscheidend für das milde Urteil in letzter Minute, dessen ist sich Gorki Águila sicher. Nach der zweistündigen Gerichtsverhandlung verkündete er: "Mit Schweigen kann man nichts erreichen. Ich bin sehr stolz, dass mich so viele Leute unterstützt haben, und ich empfinde jetzt noch mehr Hass auf diese Tyrannei."

Porno para Ricardo werden nun erst einmal ihr neues Album fertig stellen. Sie werden weiter laut und unverschämt rocken mit ihrem Motto "Kommunikation, Toleranz, Libido" bis ihr Kumpel Ricardo, Namensgeber der Band, die Pornos, die jener so sehr liebt, legal anschauen und besitzen darf. Und bis alle anderen, vielleicht fundamentaleren Menschenrechte, in Kuba gelten.

*Julia Burkhart*

## Russland und Kuba visieren gemeinsame Öl-Projekte an

### Handesumsatz in sechs Monaten um zwanzig Prozent gesteigert

**Das russische staatliche Ölunternehmen Sarubeschneft will mit der Erkundung von Ölvorkommen auf Kuba beginnen. Dies gab der Generaldirektor des russischen Unternehmens, Nikolai Brunitsch, während eines Treffens mit der kubanischen Industrieministerin Yadira Garcia Vera in Havanna bekannt.**

Wie Brunitsch weiter mitteilte, hat er für das Vorhaben ein russisch-kubanisches Joint Venture vorgeschlagen, dem die kubanische Seite bereits zugestimmt hat. Bei den Gesprächen in der kubanischen Hauptstadt wurden auch weitere Fragen besprochen: Lieferungen von Anlagen, Erkundungsarbeiten und Erhöhung der Produktivität des Ölfeldes Boca de Haruco.

Im vorigen Jahr betrug der Handelsumsatz zwischen Russland und Kuba 363 Millionen US-Dollar, innerhalb der ersten sechs Monate dieses Jahres erhöhte er sich um 20 Prozent. Zuvor hatte der russische Präsident Dmitri Medwedew den kubanischen Staatschef Raul Castro mitgeteilt, dass beide Staaten bei der Erkundung, Förderung und Verarbeitung von fossilen Brennstoffen sowie bei der Entwicklung des Transportsystems, der IT-Branche, Pharma-Industrie, Biotechnologien und Energiebranche mehr zusammenarbeiten sollten.



## Freiheit für Adolfo Fernández

**Die Raúl Castro-Regierung setzt neue Methoden ein, um die ohnehin schlimme Situation der politischen Gefangenen noch unerträglicher zu machen. Joanna Fernández, Tochter des politischen Gefangenen Adolfo Fernández Sainz, berichtete ihr Vater, Pedro Arguelles Morán sowie Antonio Díaz Sánchez seien seit dem 19. September 2008 im Hungerstreik .**

Fernández, Arguelles und Díaz gehören zur Gruppe von 75 friedlichen Oppositionellen, die im März 2003 zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Die neueste Schikane der Gefängniswärter gegen die Häftlinge des "Schwarzen Frühlings" ist die Weigerung persönliche Briefe und religiöse Bücher an die Gefangenen weiterzureichen.

Vor einigen Tagen übergab die Frau von Adolfo Fernández Sainz einen Wärter persönliche Briefe und religiöse Bücher für ihren Mann. Nach ihrer Rückkehr in Havanna telefonierte mit Adolfo Sainz. Sie erfuhr, die Sendung an Adolfo nicht weitergereicht. Aus diesem Grund trat Adolfo in Hungerstreik. Aus Solidarität mit ihm schlossen sich Arguelles und Díaz der Protestaktion an. Nach langen hin und her kam eine Reaktion der Gefängnisleitung: Die Briefe und die religiöse Bücher behandelten verbotene Themen.

Ich bitte daher alle Leser sich an den kubanischen Botschafter im Berlin zu wenden und die Freilassung von Adolfo Fernández Sainz zu verlangen. Adolfo ist ein alter Arbeitskollege von mir. Sein einziges Vergehen war, sich zu weigern für das kubanische Regime weiter zu arbeiten. Aus diesem Grund trifft ihn mit besondere Härte den Zorn der Familie Castro. Adolfo Fernandez ist 60 Jahre alt. Er leidet unter hohen Blutdruck, hat Prostataprobleme und chronische Lungenentzündung. Er hat genug gelitten.

*Boris Luis Santa Coloma*

**Bitten Sie den kubanischen Botschafter um seine Freilassung:**

**S. E. Herr Gerardo Peñalver Portal  
Botschafter von Kuba in Deutschland  
Stavangerstraße 20, 10439 Berlin**

Man kann ihn auch unter folgenden Telefonnummer (030) 916 118 13 anrufen, denn er spricht Deutsch.

**MEINUNG:**

# Das Castro Regime missachtet das Recht des kubanischen Volks auf humanitäre Hilfen

**Fünfzig Jahre Diktatur - Reflektion einer historischen Katastrophe im Angesicht der zerstörerischen Macht der Natur namens Gustav und Ike. Wie der Speer des Todes getrieben durch die verräterische Hand eines Giganten in Siegfrieds Rücken bohrte sich die Gier nach Macht des Diktators in das Fleisch des Volkes.**

Nur wenige Tage ist es her, dass ein großer Teil der Karibikinsel Kuba zerstört wurde und mehr als 400.000 Familien ihr Obdach verloren; eine Situation der Ausweglosigkeit, der das Volk ohnmächtig ausgeliefert ist. Es gibt keine Zweifel daran, dass unter dem herrschenden Regime die Not des Volkes ohne massive Hilfsmaßnahmen aus dem Ausland wohl kaum zu lindern ist. Die Tage vergehen, die Zeit verrinnt, geändert an dieser Situation hat sich bis heute nichts.

Die Tragik der Situation ist in Worten kaum erfassbar, selbst hart gesottene Katastrophenspezialisten fehlen die Worte für das Desaster und die gnadenlose Vernachlässigung und Ignoranz des Handlungsbedarfs.

**Parolen machen Hungrige nicht satt**

Außer Parolen und Phrasenbeschwörungen aus alter Zeit gibt es keine wirklichen Kontributionen des Regimes die Not des Volkes zu lindern, deren notwendigsten Bedürfnisse zu sichern und es aus der Katastrophe heraus zu führen.

Gleich einer Apokalypse steigen die Preise für Grundnahrungsmittel, Kraftstoffe und improvisierte Baumaterialien auf ein unerschwingliches, für einen kubanischen Arbeitnehmer astronomisches Preisniveau. Hunger, Epidemien, einer nachkriegszeitlichen Anarchie ähnliche postkatastrophale Situation droht die letzten Autoregulativen einer zerstörten Gesellschaft ins Schwanken zu bringen. Als hätte das Volk nicht schon genug Leid, Mangel, Repression und Not zu erleiden.

Das Regime reagiert, beginnt eifrig seine sicherheitsstrategischen Ressourcen zu sichern und regeneriert seine Struktur zur Sicherung der unumschränkten Machtinteressen im Land. Ein Staatsextrémismus der seine Früchte im Leid und den Tränen der Mütter und Kinder eines ausgebeuteten und unterdrückten Volkes trägt.

**Wollen Sie mehr tun?**

**Adressen von politischen Gefangenen oder ihren Angehörigen sowie Auskünfte über Möglichkeiten zur Mitarbeit erhalten Sie bei der IGFM telefonisch unter Telefon 069 / 42 01 08-0 oder per Email bei [kuba@igfm.de](mailto:kuba@igfm.de)**

**Pinar del Rio**

Das Regime jedoch lebt, es lebt im Luxus und als gäbe es keinen Mangel, keine Not und kein Leid, werden die Interessen des Volkes in gewohnter Manier vergewaltigt und die Soforthilfsangebote aus dem "la tierra en frente - dem Land gegenüber", den Vereinigten Staaten, seiner Bürger und des Bruderexils arrogant und selbstherrlich abgelehnt.

Man versäumt es nicht, die verheerende Situation für die ureigensten Regimeinteressen zu missbrauchen. Reformen? Menschenrechte? Soziale Gerechtigkeit? Gesundheitswesen? Bildung? Grundversorgung? Bekämpfung der Volksarmut?

Fremdworte für ein Regime, welches sich seit Dekaden mit eifrigem Egoismus an der Massenarmut nährt. Das Angesicht des Bösen in Gestalt eines greisen Diktators und dessen ignoranten und inkompetenten Halbbrüders, die nicht zögern, die aufrichtige und brüderliche Solidarität einer großen Nation und der vertriebenen Brüder, Schwestern, Mütter und Söhne im Exil zurück zu weisen und politisch zu instrumentalisieren.

Es ist bekannt, dass die kommunistische Regierung der Insel sich in der Präsentation eines Entwicklungsstandards wortgewaltig übt und den Eindruck einer genialen Nation von Ingenieuren, Ärzten, Wissenschaftlern und eines hochgebildeten akademischen Mittelstands zu vermitteln versucht, einer Nation deren einziges Manko darin besteht, Opfer eines "brutalen nordamerikanischen Handelsembargos" zu sein.

Doch die Fassade bröckelt und die aktuelle Handlungssituation projiziert ein neues Bild - bleibt zu hoffen, dass die Unfähigkeit und Impotenz des Regimes nicht in einem Aufmarsch von Panzern und Geschützen in den Straßen von Havanna sein Schicksal findet. Die kommunistische Regierung wäre ohne weiteres in der Lage den Betroffenen der Naturkatastrophe solide Hilfe zu leisten. Die Lager zur Versorgung der unzähligen



Havanna nach dem Hurrikan Ike.

Dollarläden, die wie ein Netz die Insel überziehen, sind prall gefüllt mit Gütern aller Art; Hygieneartikel, Medikamente, Lebensmittel, Milchpulver, Baumaterialien, Kleidung, alles ist im Überfluss vorhanden, doch außer-

halb der Erreichbarkeit des verdammten Volkes, der Opfer einer Jahrhundert-Katastrophe. Auch fehlt es nicht an logistischen Mitteln; Lastkraftwagen, Räumungsgerät, Kraftstoffe - alles ist vorhanden! Doch das Regime übt

## Kubanischer Bischof beklagt nach Hurrikans Pfusch am Bau

**Nach den Verwüstungen durch Hurrikan Ike hat die Kirche auf Kuba den schlechten Bauzustand vieler Gebäude für die Katastrophe mitverantwortlich gemacht. Viele Häuser seien nur deshalb zerstört worden, weil sie aus zu leichten Materialien errichtet wurden, sagte der Bischof von Pinar del Rio, Jorge Enrique Serpa Perez der Bistumszeitung von Havanna.**

"Wir brauchen unbedingt sicherere Baulösungen, denn wir leben weiter in der Karibik, und die Stürme werden uns weiterhin heimsuchen", so Bischof Serpa Perez. Der Bischof lobte, die Evakuierung der Bevölkerung habe insgesamt gut funktioniert.

Nun seien alle Christen aufgerufen, gemeinsam anzupacken und Parteiinteressen zurückzustellen. Allerdings beklagte er zu viel Bürokratie, wenn etwa kirchliche



**Jorge Enrique Serpa Perez, Bischof von Pinar del Rio**

Stellen ihre Hilfslieferungen für die Menschen zuvor bei den Behörden anmelden müssten. Unterdessen dankte der Erzbischof von Santiago de Cuba, Dionisio Garcia Ibanez, allen Helfern und lobte die schnelle Unterstützung aus dem Ausland.

Nach der Linderung der ersten materiellen Not sorgt sich der Erzbischof aber nach eigenem Bekunden um die seelischen Wunden, die die Katastrophe hinter lassen habe. Angesichts des Ausmaßes der Schäden und der beschränkten Mittel werde der Wiederaufbau längere Zeit dauern. *kna*



**Der Club Amigo Atlantico in Holguin wurde durch den Hurrikan Ike so stark beschädigt, dass Neckermann ihn bis zum Jahresende aus dem Programm nimmt.**

sich in gnadenloser Ignoranz. Die Ablehnung der Millionenhilfen des vom Regime so sehr gehassten Exils und seines Asylgebers wird weiterhin vehement von seinem Primus Maximus aufrecht erhalten.

Das Volk zählt nichts. Im Gegenteil, es wird der Eindruck erweckt, als würde man versuchen die Zeit des Leidens unter der Not für die Bevölkerung zu verlängern. Was könnte das Ziel einer Regierung sein, die es sich leistet, ein Volk in der Katastrophe verharren zu lassen? Die Antwort: das Regime hat nur ein einziges Ziel, der uneingeschränkte Machterhalt, den es bis zum biologischen Ende seiner Repräsentanten zu garantieren gilt - koste es was es wolle.

## Mangelhafte Hygiene in Hospital - mindestens sieben Säuglinge gestorben

**In einem kubanischen Kinderhospital in Havanna sind mindestens sieben Säuglinge in Folge einer bakteriellen Infektion gestorben. Wie der IGFM bekannt wurde, handelt es sich dabei um einen Stamm des Bakteriums Acinetobacter. Laut Zeugenaussagen von Krankenhausangestellten haben sich die Kinder im OP aufgrund mangelhafter Hygiene-Standards infiziert. Es ist zu befürchten, dass die tatsächliche Zahl der erkrankten und gestorbenen Kinder weitaus höher ausfallen wird - die Untersuchungen dauern an.**

"Alle Kinder zeigten eine ähnliche Entwicklung", bestätigte der IGFM ein vor Ort praktizierender Arzt, der anonym bleiben will. "Sie wurden vollkommen gesund geboren, doch bereits nach Stunden bekamen die Säuglinge massive Atembeschwerden." Über viele Wochen hinweg hatten die Verantwortlichen des Gesundheitsministeriums (MINSAP) über diesen Zustand im Hospital geschwiegen, obwohl sich die Zahl schwerkranker Babys auf der Intensivstation kontinuierlich erhöhte.

"Die Todesfälle wurden durch Komplikationen in Lunge und Gehirn verursacht; bei den meisten Kindern, die den Infekt überleben, werden irreversible Entwicklungsschäden hervortreten, die ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigen", lautet die Auskunft dieser anonymen Quelle. Außerdem erkrankte

## Hotels bleiben bis Jahresende geschlossen

**Hurrikan Ike hat in der Region Holguin auf Kuba so schwere Schäden hinterlassen, dass einige Hotels bis Jahresende geschlossen bleiben. Bei Neckermann Reisen sind fünf Ferienanlagen in Santas Lucia und Guardalavaca aus dem aktuellen Katalog betroffen. So werde etwa der Club Amigo Atlantico und das Hotel Oasis Brisas bis zum Jahresende aus dem Programm genommen. Die Schäden in und um die Hotels seien so groß, dass die im Katalog beschriebenen Leistungen auf absehbare Zeit nicht erbracht werden könnten.**

Es scheint, als würden wir auf Kuba gerade das Endstadium eines monströsen und absurden Systems befinden, das gleich einem Experiment der Natur durch Auslese ausgemustert wird.

Bleibt die Hoffnung, dass das gequälte Volk bald Linderung aus der Not erfährt, die internationale Weltgemeinschaft demokratischer Staaten sich erhebt und den Verantwortlichen für das unendliche Leid selbstbewusst entgegen tritt. Europa trägt Verantwortung, nicht nur für die eigene UNION, es trägt die Verpflichtung sich für die Verdammten und Rechtlosen dieser Erde verantwortlich zu zeichnen.

*Uwe Rusch*

eine Reihe von Frauen nach einem Kaiserschnitt infolge einer Infektion der OP Narbe. Sie alle erhielten hohe Mengen intravenöse Antibiotika, die nur unzureichend wirkten, da sich der Erreger dagegen als resistent erwies. Das Gesundheitsministerium (MINSAP) versucht bislang, den Ernst der Lage gegenüber Angehörigen und Öffentlichkeit zu vertuschen.

Die postnatale Vernachlässigung der elementaren Hygiene-Standards ist definitiv der Hauptgrund für infektiöse Krankheiten bei Babys und ihren Müttern. Handschuhe, Skalpelle, Spritzen, Kanülen und Sonden werden nur mangelhaft sterilisiert und mehrfach wiederverwendet. Angestellte von Hospital und Poliklinik bestätigen, dass eine gründliche, keimfreie Reinigung selbst in den Räumen mit hoher Ansteckungsgefahr unterbleibe. Das 7stöckige Hospital "Hijas de Galicia" wurde Anfang des 20. Jahrhunderts in Havanna errichtet und ist mittlerweile baufällig. Der Müll würde sich dort in den Ecken häufen, eine ganze Reihe von Räumen befände sich insgesamt in einem desolaten Zustand - die Folge permanenten Personalmangels und Fehlens erforderlicher Reinigungsmittel.

Die IGFM fordert die kubanischen Behörden auf, für eine Aufklärung der Fälle sowie für die Verbesserung der Hygiene in den Kliniken Kubas Sorge zu tragen, um weiteres Sterben zu verhindern.

Óscar Manuel Espinosa Chepe:

# Kuba vor einer ungewissen Zukunft

**Wie schon bei früheren Gelegenheiten habe ich auch heute wieder die Ehre, mit meinem Beitrag an der diesjährigen 18. Jahreskonferenz der Gesellschaft zur Erforschung der kubanischen Wirtschaft (Asociación para el Estudio de la Economía Cubana) teilzunehmen. Zuerst möchte ich alle teilnehmenden Kollegen herzlich grüßen und Ihnen allen viel Erfolg für dieses wichtige Treffen wünschen, das für die Zukunft unseres Landes von solch großer Bedeutung ist.**

Diese Konferenz findet nach einem Jahr voller Hoffnungen statt, dass mögliche Veränderungen in der kubanischen Gesellschaft, besonders in der Wirtschaft, bevorstehen würden. Raúl Castro, damals noch Chef einer Interimsregierung, weckte sie mit seiner Rede vom 26. Juli 2007, in der er über den kritischen Zustand der Wirtschaft sprach und strukturelle sowie konzeptionelle Veränderungen voraussagte. In der Folge wurden seine Worte in Arbeitskreisen und den sogenannten politischen Massenorganisationen analysiert. Hunderttausende von Vorschlägen wurden gemacht, wie diese Veränderungen aussehen sollten; in der Hauptsache bezogen sie sich auf eine wirtschaftliche Öffnung. Gleichzeitig veröffentlichten

nationale Presseorgane, besonders die Sonntagsausgaben der Zeitung Juventud Rebelde (Rebellische Jugend), ausgedehnte Artikel, in denen harsche Kritik an vielen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens geübt wurde. Selbst die Tabuthemen Bildung, Gesundheit und Sozialversicherungssystem wurden nicht ausgespart.

Zu einem späteren Zeitpunkt und im Rahmen der Eröffnung der neuen Legislaturperiode der Asamblea Nacional del Poder Popular (Nationalversammlung der Volksmacht) und des Consejo de Estado (Staatsrat), auf der Raúl Castro vom provisorischen zum tatsächlichen Präsidenten der Consejos de Estado y de Ministros (Staats- und Ministerrat) ernannt wurde, wies er in einer Rede erneut auf die Notwendigkeit hin, absurde Verbote aufzuheben. Dies sollte, nach und nach geschehen, beginnend mit solchen Verboten, die am einfachsten abzuschaffen seien.

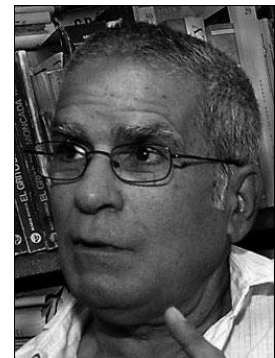
Einige Wochen später wurde der bis dahin verbotene Verkauf von Handys, Computern und Elektrogeräten freigegeben. Außerdem wurde der Bevölkerung gestattet, Hotels aufzusuchen, die vorher nur für Touristen reserviert waren. Die Bezahlung dort sollte aber in jedem Fall in konvertierbaren Pesos (CUC) erfolgen. Eine weitere

## Kubanischer Regimekritiker: Óscar Manuel Espinosa Chepe

**Der Wirtschaftswissenschaftler Óscar Manuel Espinosa Chepe (geb. 29.11.1940) graduierte von der Universität Havanna. In den 1960er Jahren war Espinosa als wirtschaftlicher Berater für Fidel Castro tätig und war von 1970 bis 1984 für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn zuständig. Außerdem beriet er die kubanische Botschaft in Belgrad in wirtschaftlichen Angelegenheiten.**

Im Laufe der 1980er Jahre stand Espinosa der kubanischen Wirtschaftspolitik immer kritischer gegenüber. Nachdem er seine kritischen Ansichten seinen Arbeitskollegen gegenüber geäußert hatte, wurde er in den 1990ern zuerst degradiert und dann entlassen. Auch seine Frau, Miriam Leiva, verlor ihre Anstellung im Außenministerium. Seitdem verfasste Espinosa regimekritische Artikel, Analysen und Kommentare über die kubanische Wirtschaft und die allgemeine Situation im Land. Mittlerweile sind seine Texte in Kuba verboten, weshalb er sie in internationalen Magazinen und auf

**Óscar Manuel Espinosa Chepe (rechts). Der Cuba-Report dokumentiert seinen Vortrag für die 18. Jahreskonferenz von (ASCI) am 4. August 2008 in Miami.**



Webportalen veröffentlicht. Darüber hinaus hat er fünf Jahre lang eine Radiosendung namens "Charlando con Chepe" (Mit Chepe chatten) bei dem Radiosender Radio Martí geleitet.

Óscar Manuel Espinosa Chepe wurde am 19. März 2003 im Zuge des kubanischen "schwarzen Frühlings" verhaftet, nachdem Sicherheitsbeamte 10 Stunden lang sein Apartment durchsucht hatten. Am 3. April 2003 wurde Espinosa des Verstoßes gegen das kubanische Gesetz 88 angeklagt und zu 20 Jahren Haft verurteilt. Am 29. November 2004 wurde er wegen gesundheitlicher Probleme nach 19 Monaten unerwartet vorzeitig entlassen.

Maßnahme bestand darin, dass verschreibungspflichtige Medikamente nun in jeder Apotheke gekauft werden können. Lange Zeit, waren die Patienten verpflichtet gewesen, ihre Medikamente in der Apotheke zu kaufen, die ihrem behandelnden Arzt zugeteilt war.

Diese Schritte lassen sich wohl auf keinen Fall als strukturelle Veränderungen bezeichnen. Allerdings weckten sie in großen Teilen der Bevölkerung die Illusion, der Beginn eines viel weiterreichenden Wandels zu sein. Auch die Äußerungen einiger hoher Regierungsmitglieder über eine in nächster Zeit mögliche massive Landverteilung an diejenigen, die zur Bewirtschaftung der Flächen bereit seien, nährten eine solche Hoffnung; wie auch Aussagen, die Mariela Castro und andere Personen aus dem Umfeld Raúl Castros gegenüber der Auslandspresse gemacht hatten, in denen sie eine eventuelle Flexibilisierung der Ein- und Ausreisemechanismen für die Bevölkerung sowie eine Erleichterung bei der Übertragung von Besitzumsrechten (Wohnungen, Autos) in Aussicht stellten.

Auch die Resolution Nr. 9 des Arbeits- und Sozialministeriums vom 2. Februar 2008, die die Mechanismen für die Lohnzahlungen an die Arbeiter modifizierte und zur Verbesserung der direkten Arbeitsleistung führen soll, indem die auf diesem Wege erzielten Einkünfte nicht mehr begrenzt werden, weckte die Hoffnung darauf, dass mit den seit langem gültigen und so schädlichen egalitären Konzepten gebrochen werden sollte. Lange Zeit wurde ein solcher Ansatz von den höchsten Stellen der Regierung vehement abgelehnt. Ende der 1960er Jahre wurden sogar Personen, die so etwas unterstützten, der ideologischen Verirrung angeklagt und mit Zwangsarbeit in der Landwirtschaft bestraft.

Die Ziele, die mit der Resolution Nr. 9 verfolgt werden, sind durchaus positiv: Produktivität und Arbeitseffizienz sollen gesteigert werden. Diese Einschätzung bleibt auch dann gültig, wenn einige Aspekte der Resolution, wie die Mechanismen, die die Anreize für das leitende bzw. indirekte Personal regulieren sollen, für diejenigen Menschen wenig hilfreich sind, die direkt mit der Produktion zu tun haben und die man uneingeschränkt für ihre Leistung entlohnen will.

Es ist jedoch schwierig, die in der Resolution enthaltenen Vorschriften in Unternehmen umzusetzen, die nicht über die notwendige Autonomie verfügen und deren Verwaltungsmodell übertrieben zentralistisch, obsolet und ineffizient ist. Entscheidungen, die in solchen Unternehmen getroffen werden, sind häufig politisch motiviert und haben nichts mit ökonomischer Vernunft zu tun. Alles deutet darauf hin, dass es sich hier um eine partielle Maßnahme handelt, die in einem Umfeld von Widersprüchen und Absurditäten umgesetzt werden soll. Die Zustände müssen umfassend reformiert werden, damit das neue Zahlungssystem die erwünschten Ziele erreichen kann.

Da ist zunächst das Hindernis der doppelten Währung. Die allermeisten Arbeitnehmer werden in abgewerteten kubanischen Pesos bezahlt, die der Staat selbst in kaum einem seiner Geschäfte als Zahlungsmittel annimmt. Daher ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich mit die-

ser Währung echte Anreize schaffen lassen. Gleichzeitig ist bekannt, dass die Mehrzahl der kubanischen Unternehmen über keine verlässliche Buchführung verfügt. Folglich wird es schwer sein, realistische Normen zur Messung der Arbeit einzuführen und noch schwerer, ein solch komplexes Flechtwerk zu kontrollieren.

Zu diesen Faktoren kommt noch hinzu, dass die Unternehmen keine Kontrolle über die zur Ausführung ihrer Arbeit notwendigen Zulieferungen haben, da andere Organisationen dafür zuständig sind. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Lieferungen ausbleiben. Zusätzlich befinden sich die Produktionsmittel in einem katastrophalen Zustand, wodurch eine ununterbrochene Produktion nicht garantiert werden kann. Auch Organisation und Disziplin in den Produktionsstätten sind höchst unzulänglich. In der Regel sind die Arbeitsplätze in großem Maßstab überbelegt, was eine effektive Organisation unmöglich macht. Dies stellt ein enormes Hindernis dar, das nur durch eine tiefgreifende Veränderung der gesamten Wirtschaft beseitigt werden kann.

Es geht jedoch nicht nur darum, die Produktion zu steigern, sondern es müssen Qualitätsprodukte hergestellt bzw. nachgefragte Dienstleistungen erbracht werden. Mit anderen Worten nützt es nichts, einfach nur irgendetwas zu produzieren. Vielmehr muss die Nachfrage auf dem Markt befriedigt werden. ... Wenn die notwendige Kontrolle nicht stattfindet, könnten sich im System neue Probleme ergeben, wie z. B. eine weitere Zunahme der im Umlauf befindlichen und bereits jetzt sehr großen Geldmenge, der kein entsprechendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht. Die schädlichen Effekte einer steigenden Inflation wären die Folge.

Ein gewisses Umdenken fand auch vom 1. - 4. April auf dem VII. Kongress der Nationalen Union der Schriftsteller und Künstler Kubas statt. Obwohl es wie immer bei solchen Gelegenheiten nicht an den üblichen Lobreden auf die Regierung fehlte, äußerten doch auch viele Teilnehmer, selbst jene Intellektuelle, die dem Regime nahestehen, harsche Kritik an verschiedenen, in der Gesellschaft vorherrschenden Aspekten. Besonders schlecht kam das Bildungssystem weg, eine der angeblichen Errungenschaften des 1959 begonnenen Prozesses. Die Argumente von Alfredo Guevara waren besonders kritisch. Mit Recht stellte er die Frage: "Können Grund- und Sekundarschule bzw. Universitäts-vorbereitungskurse, die sich heutzutage nach unsinnigen Kriterien richten und von elementaren pädagogischen und psychologischen Prinzipien keinen Schimmer haben, dafür aber die Rechte der Familien verletzen, Kinder und Jugendliche ausbilden und folglich den Grundstein für die Zukunft legen?" Der Filmemacher und Intellektuelle unterstrich ferner: "Niemals wird man eine Gesellschaft auf Dogmen, Sturheit und Unkenntnis der kubanischen Realität gründen können." Damit bezieht er sich wohl auf die aktuelle Politik, sogenannte "emergente", "integrale" Lehrer (mit verkürzter Ausbildung) einzusetzen und so die Notwendigkeit einer fundierten Ausbildung zu leugnen, was in klarem Widerspruch zu einer immer komplexer werdenden Welt steht.

Der bekannte Intellektuelle Reinaldo González äußerte sich zu diesem Thema wie folgt: "Unterschiedliche



**Konvertible Pesos kommen nur in den Besitz von Ausländern und solchen Kubanern, die Kontakt zu Ausländern haben.**

Probleme tragen zur Verschlechterung der heutigen Pädagogik bei. Dazu gehört die Ausbildung der Lehrkräfte, die entweder ganz fehlt oder zeitlich sehr gedrängt stattfindet. Das hat Auswirkungen auf die Wissensvermittlung und die soziale Führung."

In diesem Rahmen eines möglichen Beginns ernsthafter Veränderungen und in der Hoffnung auf einen Wandel, der dazu angetan ist, den schlechten Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, fand am 28. April die VI. Vollversammlung der Kommunistischen Partei statt. Auf ihr wurden wichtige Änderungen in Struktur und Führung der Partei vorgenommen und es wurde für Ende 2009 der VIII. Kongress angekündigt. Es fiel auf, dass Fidel Castro, der ja immer noch Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas ist, in seinen Reflexionen kein Wort über die Vollversammlung und auch nicht über die Einberufung des Kongresses verlor.

Seit Mai konnte man einen Rückgang eventueller Veränderungen wahrnehmen und diesbezügliche Bemerkungen über solche Veränderungen in der nationalen Presse nahmen merklich ab. Im Gegenzug begann eine scharfe Propaganda gegen Dissidenz, die von Analysten dahingehend gedeutet wurde, dass die Bedingungen für einen repressiven Schlag wie der "Schwarze Frühling 2003" geschaffen werden sollten.

Sowohl die Runden Tische, als auch die Nachrichtensendungen im Fernsehen und die Presse waren voll von Verleumdungen gegen die Opposition; die verbalen Angriffe auf die Vereinigten Staaten wurden kruder. All dies geschah mit der Absicht, ein Klima der nationalen Gereiztheit zu schaffen, das sich nicht zur Verwirklichung von strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen eignet.

Wochen später kam es zu Großeinsätzen der Polizei gegen die Schattenwirtschaft. In ihr bewegen sich am Rande der vom Regime vorgegebenen Legalität diejenigen, die durch die Umstände dazu gezwungen werden. Ebenso wurde eine Kampagne gegen die sogenannte Disziplinlosigkeit und Korruption in der Gesellschaft gestartet. Für die Entstehung dieser Übel ist die offizielle Politik selbst verantwortlich.

Sie hat breite Bevölkerungsschichten geschaffen, in denen jedes Vertrauen in die Zukunft verloren gegangen ist. Als Ergebnis dieser Repressalien wurden innerhalb weniger Wochen allein in der Stadt Havanna 56.900 Ordnungsstrafen verhängt und 72 illegale Fabriken sowie 31 Werkstätten geschlossen. Desgleichen wurde gegen ambulante Verkäufer vorgegangen, von denen viele alte Menschen mit sehr geringem Einkommen sind; selbst diejenigen, die wiederverwertbares Altmaterial aus Abfallheimern sammeln, wurden eingeschüchert.

Selbstverständlich wäre es ideal, wenn alle nur legal arbeiten würden. Aber dies ist nicht möglich in einem totalitären Staat, der damit beschäftigt ist, auch noch den letzten Winkel der Gesellschaft zu kontrollieren und wo das monatliche Einkommen 408 Pesos (17 konvertierbare Pesos oder 20 US Dollar) beträgt; das reicht nicht zum Leben, wie selbst Präsident Raúl Castro eingesteht.

Beobachter der nationalen Szene sind davon überzeugt, dass diese Art von Gegenreform von den Hardlinern der Regierung, den sogenannten "Taliban", entwickelt wurde. Sie wollten damit die Wirtschaftsreformen blockieren, die sie für die Vorboten möglicher politischer Veränderungen halten. Deshalb versuchen sie, ein Klima der sozialen Gereiztheit zu schüren, das für Veränderungen schädlich ist. Als Folge hat sich die Stimmung in der Bevölkerung erheblich verschlechtert und die Hoffnungen, die die Reden Raúl Castros geweckt hatten, haben sich merklich verringert. Die Regierung hat den ideologischen Kampf, besonders um die Jugend, verloren.

Außerdem wird die Lage der Nation schwieriger, denn der Lebensstandard sinkt. Schuld daran ist in der Hauptsache der Preisanstieg bei Gütern des Grundbedarfs, besonders bei Nahrungsmitteln, sowohl in Geschäften mit Devisenzahlung als auch auf den freien Bauernmärkten. Die Produkte, die mittels Rationierung verteilt werden, können nach offiziellen Daten nur 50% des absoluten Grundnahrungsbedarfs decken. Viele Experten gehen allerdings davon aus, dass die tatsächliche Situation noch weitaus kritischer ist. Deshalb haben die unerfüllten Versprechen von Raúl Castro zu neuer Frustration und Verärgerung geführt und könnten die bereits weitverbreitete Anarchie und Korruption noch stärker anheizen.

Kürzlich sah sich die Regierung durch die unhaltbare

Situation im Sozialversicherungssystem dazu gezwungen, das Rentenalter für Frauen auf 60 Jahre und für Männer auf 65 Jahre anzuheben. Außerdem wurde festgesetzt, dass die Lebensarbeitszeit für einen Anspruch auf Rentenzahlung um 5 Jahre steigt. Zusätzlich muss jeder Arbeitnehmer nun mit einem Teil seines Lohns zur Finanzierung der Sozialversicherung beitragen. Das entsprechende Gesetz wird in Kürze veröffentlicht werden.

Von außen betrachtet, könnten sowohl die Maßnahme, das Rentenalter heraufzusetzen, als auch die anderen geplanten Vorhaben vernünftig erscheinen. Besonders wenn man bedenkt, dass 40% der Renten in Kuba aus dem Staatshaushalt finanziert werden, da die speziell dafür entrichteten Beiträge immer weniger ausreichen. Das bisherige sehr niedrige Renteneintrittsalter, 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer, war aus propagandistischen Gründen so festgelegt worden, zu einer Zeit, da große Subventionen aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern flossen. Eine Anpassung an die tatsächlichen Möglichkeiten einer so heruntergekommenen Wirtschaft hätte schon vor langem vorgenommen werden müssen.

Ähnliches ließe sich über die Forderung sagen, dass jeder kubanische Arbeiter zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems beitragen soll. Man darf jedoch nicht die aktuelle Situation der Arbeiter und Angestellten aus den Augen verlieren, deren Einkünfte vorher schon nicht ausreichten und die jetzt auch noch diese neue Belastung zu schultern haben. Zudem ist das kubanische Rentensystem eher ein virtuelles, da die große Mehrzahl der Rentner monatlich nur 200 Kubanische Pesos erhält, das sind 8 CUC (konvertierbare Pesos) oder 10 US Dollar, in einem Land, in dem der Staat eine Tüte Milchpulver von ca. 2 Pfund für 6,40 CUC (8 US Dollar) verkauft.

Die Regierung begründet diese Entscheidungen mit der fortschreitenden Überalterung der Gesellschaft sowie mit der Abnahme der absoluten Bevölkerungszahl. Ersteres ist der Tatsache geschuldet, dass die Menschen immer älter werden und Letzteres, dass es immer weniger Geburten gibt. Es heißt, dass zu Beginn der 50er Jahre die Lebenserwartung in Kuba bei 59 Jahren lag, heute liegt sie bei 77,2 Jahren. Dazu beigetragen haben ohne Zweifel die wissenschaftlichen Fortschritte, die in über 50 Jahren erreicht wurden.

Hervorzuheben ist, dass die Lebenserwartung in Kuba in den 50er Jahren für die damalige Zeit nicht niedrig war. In der Tat gibt es auch heute im 21. Jahrhundert noch lateinamerikanische Länder, die diesen Stand noch nicht erreicht haben. Andere Nationen wiederum, wie Costa Rica (78,1) und Chile (77,8) haben laut dem Bericht zur Entwicklung der Menschheit 2007-2008, der vom UNDP (United Nations Development Program) veröffentlicht wurde, Kuba heute in der Lebenserwartung übertroffen, ohne dies für propagandistische Zwecke zu missbrauchen. Es gibt einen grundlegenden Abwärtstrend bei der Fertilitätsrate (Anzahl der Kinder pro Frau), die bei 1,43 liegt, und der Reproduktionsrate (Anzahl der weiblichen Kinder pro Frau) die bei 0,69 liegt.

Diese Zahlen sind für ein Wachstum der Bevölkerung



**Lebensmittelgeschäft für normale kubanische Bürger.**

unzureichend. Das Ergebnis ist eine Verringerung der Bevölkerungszahl und eine Tendenz zur Überalterung, die bereits heute bei 16,6% (Menschen über 60 Jahren) liegt. Für das Jahr 2025 rechnet man mit einer Zunahme dieses Prozentsatzes auf 26,1 % der Gesamtbevölkerung. Dies ist ein perverser Prozess, der dadurch verursacht wird, dass die Paare in einem Umfeld voller Entbehrungen und Not und ohne Hoffnung für die neuen Generationen keine Kinder mehr in die Welt setzen wollen.

Diesem Panorama muss noch ein Element hinzugefügt werden, das die Behörden in ihren Analysen oft ausblenden: Der konstante Exodus von Bürgern in Richtung Ausland, auf der Suche nach einem besseren Leben. Aus offiziellen Zahlen für den Zeitraum 2000 - 2007 geht hervor, dass die Auslandsmigration über einer Viertel Million lag, wobei der Anteil junger Menschen sehr hoch war. Diese Zahl könnte in den nächsten Jahren noch einmal stark ansteigen, wenn die Krise und die Verschlechterung der Lebensumstände fortschreiten.

Die Regierung will nun erreichen, dass viele Renter wieder an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren. Sie würden dann, zusätzlich zu ihrer Rente, den vollen Lohn bekommen. Das soll die bisherige Praxis ersetzen, nach der ein Rentner nur soviel Lohn zusätzlich zu seiner Rente bekam, dass er insgesamt einen kompletten Lohn für die von ihm verrichtete Arbeit erzielen konnte.

Die Änderungen in der Sozialpolitik werden zusammen mit den Arbeitern in ihren Betrieben analysiert werden, aber man kann bereits jetzt eine stumme Ablehnung erkennen. Unabhängig davon, dass einige der Argumente wirtschaftlich durchaus plausibel erscheinen, würde eine Umsetzung der Pläne die Situation der Arbeiter verschlechtern, da die Lebensarbeitszeit verlängert werden soll und sie einen zusätzlichen finanziellen Beitrag leisten müssen, obwohl sie bereits jetzt nicht genug zum Leben haben.

Die Gesetzesverordnung Nr. 260 ist bereits in Kraft getreten. Sie betrifft Professoren und Lehrkräfte und regelt, dass diejenigen, die schon in Rente sind und mit dem kommenden Schuljahr wieder ihre Arbeit aufnehmen, dann sowohl ihre Rente als auch den vollen Lohn erhalten. Es bestehen jedoch Zweifel, ob tatsächlich eine größere Anzahl von ihnen wieder in die Klassenzimmer und

Hörsäle zurückkehren wird. Viele von ihnen geben nämlich zuhause Privatunterricht und erzielen damit höhere Einkünfte als durch die von der Regierung vorgeschlagene Alternative und sind auch nicht mehr dem üblichen politischen und verwaltungstechnischen Druck ausgesetzt.

Am 10. Juli wurde für die Landwirtschaft die Gesetzesverordnung Nr. 259 erlassen. Sie regelt die Überlassung brachliegender Ländereien in Nießbrauch. Die massive Überlassung von Land besonders für den privaten Anbau ist ein klarer Beweis dafür, dass die fast 50 Jahre dauernde staatliche Landwirtschaft ein totaler Fehlschlag war. Sie hat die einst reiche nationale Landwirtschaft in den Ruin getrieben. Heute werden laut offiziellen Informationen 84 Prozent der benötigten Nahrungsmittel importiert; zu einem Großteil aus den USA. Im laufenden Jahr 2008 werden die Importe zur Deckung des rationierten Bedarfs der Bevölkerung auf diesem Sektor wahrscheinlich nahe an die Summe von 2,5 Billionen Dollar heranreichen: Ein Ergebnis des Anstiegs der Preise auf dem internationalen Markt. Dies ist eine unvorstellbare Summe für ein Land, dessen jährliche Warenexporte seit Jahren nicht die drei Billionen Dollargrenze überschreiten.

Hier liegt der Grund dafür, dass der totalitäre Staat auf die privaten Erzeuger zurückgreifen musste, um über die Hälfte der für den Anbau geeigneten, aber derzeit brachliegenden landwirtschaftlichen Flächen, die überwiegend mit Gestrüpp bewachsen sind, für den Anbau nutzbar zu machen.

Die wahren Absichten der Regierung liegen allerdings noch im Verborgenen. Die Tatsache, dass das Brachland jeweils für zehn Jahre an natürliche Personen in Nießbrauch übergeben werden soll, wobei dieser Zeitraum nach Ablauf um weitere zehn Jahre verlängert werden kann, zeigt, dass das Interesse des Staates weiterhin darauf gerichtet ist, eine möglichst enge Kontrolle der Erzeuger aufrechtzuerhalten. Für juristische Personen beträgt dieser Zeitraum übrigens 25 Jahre mit einer anschließenden Verlängerung um einen ebensolchen Zeitraum. Damit wird diese Organisationsform eindeutig bevorzugt. Es sind in der Hauptsache staatliche Farmen, Basiseinheiten kooperativer Erzeugung (UBPC) und landwirtschaftliche Produktionskooperativen (CPA). Sie werden bevorzugt, obwohl es genau diese staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen sind, die die Verantwortung für die landwirtschaftliche Ineffizienz tragen und auch dafür, dass über 50 Prozent der für den Anbau geeigneten Flächen brach liegen.

Zusätzlich bestehe eine lange Liste von Beschränkungen, die von Seiten des Staates zu einer Beendigung der Landverteilung führen können. Besorgniserregend ist der Punkt C des Artikel 14: "Der Nießbrauch durch natürliche Personen wird beendet, wenn die vereinbarte Produktion wiederholt nicht erfüllt wird. Dies wird durch Experten festgestellt" (die der Regierung unterstellt sind). Daraus leitet sich die Pflicht ab, dem Staat einen Großteil der Produktion zu festgesetzten Konditionen zu überlassen.

Ebenso wird unter Punkt F darauf hingewiesen, dass die Landvergabe beendet werden könnte: "wegen



**Bilder der Zerstörung nach dem Hurrikan Ike in Havanna. Zur Wiederherstellung der Infrastruktur werden mehrere Jahre benötigt.**

Handlungen, die der Absicht, mit der der Nießbrauch erteilt wurde, zuwiderlaufen". Dies weist darauf hin, dass die bis heute angewandte Praxis fortgeführt werden könnte, die darin besteht, die Bauern zu zwingen, das zu sähen und anzubauen, was die Regierung will, ohne Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Bedingungen oder die Wünsche der Nießbrauchnehmer. Anderen Stellen kann man entnehmen, dass die Vereinbarung auch durch Entscheidungen der Behörden aufgehoben werden könnte.

Da das in Nießbrauch überlassene Land in sehr schlechtem Zustand ist, muss es erst mit enormem Aufwand für den späteren Anbau vorbereitet werden. Es müssen Ausgaben getätigt werden, um wenigstens die notwendigen Unterkünfte und Ställe zu bauen und landwirtschaftliche Geräte und Maschinen zu kaufen. Daher benötigen die Bauern die Garantie, dass sie auf dem Land auch definitiv bleiben können. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die Landbevölkerung in Kuba enorm abgenommen hat. Überproportional betrifft das die junge Generation, deren Interesse an Arbeit in der Landwirtschaft minimal ist.

In einem totalitären Staat, in dem immer die Filzokratie geherrscht hat, besteht große Gefahr, dass die Bürger wegen ihrer politischen Ansichten diskriminiert werden. Die Kommunisten und ehemaligen Militärangehörigen müssen am Prozess der landwirtschaftlichen Restrukturierung teilnehmen. Auf diese Weise ließe sich der riesige Militärapparat reduzieren, was eine große finanzielle Erleichterung für die Gesellschaft bedeuten würde. Außerdem würden so menschliche Ressourcen eingesetzt, die zum Großteil bäuerlichen Ursprungs sind. Trotzdem wäre eine absolute Transparenz unerlässlich, in der das Anrecht auf Zuteilung von Land einzig und allein darin gründet, dass diejenigen, die es erhalten, auch dazu bereit sind, dieses Land zu bewirtschaften. Eine solche Maßnahme muss für die Bauern jedoch selbstverständlich mit der Möglichkeit verknüpft sein, die notwendigen Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung gestellt zu bekommen; ebenso sind neue Mechanismen vonnöten, die verhindern, dass die Ernten nicht sachgerecht gela-

gert werden und deshalb verloren gehen, wie es über Jahrzehnte geschehen ist. Außerdem braucht es gute Preise und das Recht der Bauern, ihre Ernte nach ihrer freien Entscheidung zu verkaufen. Es muss der Zwang abgeschafft werden, dass der Staat den Bauern vorschreibt, was sie anzubauen haben; und schließlich müssen Kredite zur Verfügung gestellt werden, ohne dass Organisationen wie die ANAP sich einmischen.

Sollten diese Voraussetzungen nicht gegeben sein, so wäre die Freiheit der Bauern eingeschränkt und die landwirtschaftliche Produktion in der Folge grundsätzlich gefährdet. In der Tat besteht Anlass zur Sorge, was mögliche staatliche Eingriffe betrifft, da das Land nur mit Auflagen und Einschränkungen in Nießbrauch überlassen wird. Korrekt wäre es gewesen, das Land in Eigentum zu übergeben oder es mit der Option zum Kauf zu verpachten. Dies hätte den Bauern die Sicherheit gegeben, auf ihrem Land auch bleiben zu können, was ihren Einsatz für die Erwirtschaftung von Erträgen entscheidend gesteigert hätte. In den letzten 50 Jahren, in denen es eine absolute Vorherrschaft der staatlichen Landwirtschaft gegeben hat, verfügte der kleine Sektor der privaten Bauern über so gut wie keine Mittel; er sah sich vielen Einschränkungen ausgesetzt, es aber keine Hinweise auf die Verantwortung des Staates gibt. ...

Die neueste Episode, die der mit der Rede von Raúl Castro am 26. Juli 2007 begonnenen Phase ein Ende setzt, ist bezeichnenderweise sein Auftritt an gleicher Stelle ein Jahr danach. Im Gegensatz zu seinen bisherigen öffentlichen Auftritten blieb die Rede, die er dort hielt, äußerst blass und substanzlos. Erwartet wurde, dass er sich zu einigen Aspekten der Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Krise äußern würde, deren Auswirkungen auch die kubanische Gesellschaft zu spüren bekommt. Ebenso erwartete man Anmerkungen zur zukünftigen Außenpolitik.

Bedauerlicherweise enthielt seine Rede jedoch diesbezüglich keine aufschlussreichen Elemente. Zum ersten Thema betonte er die Notwendigkeit "weiter voranzuschreiten und die unvermeidlichen Folgen der aktuellen internationalen Krise für die Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren". Außerdem fügte er an, dass "wir trotzdem unserem Volk zu gegebener Zeit die Schwierigkeiten erklären müssen um uns so darauf vorzubereiten, uns diesen zu stellen. Man muss sich daran gewöhnen, nicht nur gute Nachrichten zu erhalten." Aus Letzterem lässt sich schließen, dass die Nation noch nicht auf die Krise vorbereitet ist, obwohl die Kubaner die negativen Auswirkungen dieser bereits zu spüren bekommen. Auch könnte man mit Fug und Recht fragen, auf welche guten Nachrichten sich der General-Präsident mit seiner Äußerung bezogen hat.

In Puncto Außenpolitik wurde erwartet, dass er etwas zur zukünftigen Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sagen würde. Bei drei früheren Gelegenheiten waren seine Äußerungen zu diesem Thema von einer gewissen Flexibilität und Rationalität geprägt. Barack Obama, der mögliche Gewinner der Wahlen vom kommenden November, hat für den Fall seines Sieges in Aussicht gestellt, die Kubapolitik zu modifizieren und seine Bereitschaft gezeigt, sich ohne Vorbedingungen mit Raúl Castro zu treffen. Als dieser nun



**Sturmschäden in Havanna nach Ike.**

dazu schwieg und stattdessen Militärmanöver für Ende dieses Jahres ankündigte, war das ein Zeichen von Inkohärenz.

Sogar der amerikanische Präsident hat die Absicht geäußert, Restriktionen aufzuheben, damit die kubastämmigen Amerikaner häufiger nach Kuba reisen bzw. ihren Familien und Freunden finanzielle Hilfe schicken können. Auch darüber verlor Raúl Castro kein Wort. Vielmehr hielt er ein Schweigen aufrecht, das die rücksichtslosen Attacken Fidel Castros und anderer extremer Wortführer innerhalb der Hierarchie umso lauter ertönen ließ. Diese Leute empfinden Obamas Vorschläge als Gefahr für ihre eigenen Interessen, da sie die Alibifunktion der "Yankee-Bedrohung" zunichte machen könnten. Die aber wird dringend benötigt, um die katastrophale nationale Lage und die Repressionen gegen jedwede Art von Protest zu rechtfertigen.

Armando Hart, der selbsternannte Ideologe der sogenannten Revolution, brachte die Gefühle der Hardliner zum Ausdruck, als er in einem Zeitungsbeitrag über die Gefahren schrieb, die von einem Sieg des Senators Obama ausgingen; unter anderem die Gefahr, dass eine Million Kuba-Amerikaner mit ihren ideologischen und politischen Botschaften auf die Insel kommen könnten.

## **Zukunftsperspektiven**

Für das erste Halbjahr 2008 lässt sich eine bedeutende Verschlechterung der kubanischen Ökonomie verzeichnen, deren Hauptursache in einer Zahlungsunfähigkeit zu finden ist und die sich bereits bei der Zusammenkunft der Nationalversammlung (Asamblea Nacional) Ende Dezember 2007 abzeichnete. Der derzeitige starke Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und Brennstoffen wird aller Voraussicht nach sehr negative Auswirkungen auf die Zahlen dieses Jahres haben.

Bei besagter Zusammenkunft wurde für das Jahr 2007 ein Wachstum des BIP von 7,5 Prozent statt der geplanten 10% verkündet. Obwohl ein solches Ergebnis realitätsbezogener ist als die wahnwitzigen Prozentsätze, die für die Jahre 2005 und 2006 verkündet worden waren, fehlt auch ihm gleichwohl das notwendige Fundament, weshalb die internationalen Organisationen sehr reserviert darauf reagiert haben. Objektiv betrachtet besteht zwischen einem



**Ein Kennzeichen des heutigen kubanischen Gesundheitssystems ist die Vernachlässigung der "normalen" einheimischen Kranken und die Bevorzugung ausländischer "Medizintouristen"..**

solchen wirtschaftlichen Wachstum und der Realität der kubanischen Gesellschaft kein Zusammenhang. Diese leidet weiterhin unter großem Mangel, obwohl Venezuela erhebliche Subventionen leistet. Sollten die einmal wegfallen, würde das Land in eine noch viel kritischere Situation geraten.

Die oben angeführten Zahlen weisen große Widersprüche auf, denn es ist schwer nachzuvollziehen, wie sich ein so deutliches Wachstum mit den zugegebenen bedeutenden Rückschritten in Bereichen wie dem Baugewerbe (-9%), dem Tourismus im zweiten Jahr hintereinander (-1,8%) und dem Handel (-1,8%) verträgt.

Überraschend ist auch das verkündete Wachstum von 24,7% in der Landwirtschaft, da es dieses Jahr ernsthafte Schwierigkeiten mit der Kartoffel- und Zuckerrohrernte gab, obwohl der landwirtschaftliche Sektor vergrößert wurde. Ein solch großer Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion steht im Widerspruch zur Abnahme des Warenverkehrs im Einzelhandel, wo ein Preisanstieg bei Gemüse und anderen Nahrungsmitteln zu beobachten ist.

Wie auch in den Jahren zuvor, wird ein Anstieg im Bereich kommunale, persönliche und soziale Dienstleistungen von 11,7% ausgewiesen; dieser beinhaltet auch die Posten Bildung und Gesundheit. Laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) waren diese Dienstleistungen im letzten Jahr für 70% des kubanischen Wirtschaftswachstums verantwortlich. Die Differenz ergibt sich aus der Tatsache, dass die seit einigen Jahren von Kuba angewandte Methode zur Ermittlung des BIP eine andere ist als diejenige, die die Vereinten Nationen verwenden. Diese Methode sui generis bewertet die Dienstleistungen übermäßig, ohne auf qualitative Aspekte zu achten, die sich, objektiv betrachtet, sehr verschlechtert haben.

Eine weitere ziemlich unglaubwürdige Zahl ist jene über die Höhe der Arbeitslosigkeit, die auf 1,8% der arbeitsfähigen Bevölkerung beziffert wird und damit sogar noch niedriger ist als 2006, als sie mit 1,9% angegeben worden war. Wenn das stimmen würde, gäbe es in Kuba Vollbeschäftigung, wie sonst fast nirgendwo auf der Welt. Dies widerspricht allerdings den Beobachtungen, die man

während der Arbeitszeit überall auf der Insel machen kann. Denn überall sieht man Menschen in arbeitsfähigem Alter, die keiner produktiven Beschäftigung nachgehen; ein Szenarium, das sogar in Artikeln der Zeitung Juventud Rebelde (Rebellische Jugend) beschrieben wird. In dieser Zeitung wird auch über Studien berichtet, die in den Provinzen Granma und Santiago de Cuba durchgeführt wurden und deren Ergebnis zur Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen um ein Mehrfaches höher ist als jenes, das von der Oficina Nacional de Estadísticas (ONE) (Büro für Nationale Statistik) veröffentlicht wurde.

Es muss auch darauf hingewiesen werden, wie wenig glaubhaft ein täglicher Pro-Kopf-Verbrauch von 3287 Kcal und 89,9 Gramm Proteinen ist. Diese Mengen stehen für ein Wachstum von 11,14% bzw. 15% über dem Niveau, das zu den besten Zeiten Ende der 1980er Jahre erreicht wurde, als die landwirtschaftliche Produktion doppelt so hoch war wie heute und es zudem einen Überfluss an Nahrungsmitteln aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern gab. Die utopisch veranschlagen fast 90 Gramm Proteine pro Kopf und Tag entsprächen annähernd dem Verbrauch in Argentinien Mitte der 1990er Jahre, als dieses Land sich in einer Phase der relativen Blüte befand.

Was die Kohlenhydrate betrifft, so liegen laut Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) für 2005 die Werte hierfür sogar in Industrienationen unterhalb des Niveaus, das von Minister José Luis Rodríguez für Kuba angegeben wurde. Kein Land in unserer Region erreicht auch nur annähernd einen so hohen Kalorienverbrauch; ein unerklärliches Phänomen, selbst dann, wenn die genannte Zahl auch den hohen Verbrauch der mehr als zwei Millionen Touristen enthalten sollte, die 2007 Kuba besucht haben.

In den vorgelegten Berichten wurde kein Wort über die Höhe der Inflation gesagt. Trotzdem meldete die kubanische Regierung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) eine Steigerung des Verbraucherpreisindex von 2,5%; ein geradezu lächerlicher Prozentsatz, wenn man bedenkt, wie wir Kubaner unter dem ständigen Anstieg der Preise, besonders für Nahrungsmittel, leiden.

Es ist bemerkenswert, dass der monatliche Durchschnittslohn wiederum um einen Prozentsatz gestiegen ist, der über der Steigerung der Arbeitsproduktivität liegt. Dies ist eine besorgniserregende alte Tendenz, die einfach nicht überwunden wird. Wenn wir als Ausgangspunkt das Jahr 2000 nehmen, so ist die Produktivität bis Ende 2007 um 39,5 % gestiegen, - ein Indikator, der auf der Grundlage eines fragwürdigen BIP berechnet wurde - während der monatliche Durchschnittslohn um 71 % gestiegen ist. Eine solche Relation ist als absolut negativ zu bewerten. An dieser Stelle muss noch darauf hingewiesen werden, dass der Durchschnittslohn 2007 408 Pesos (16,32 CUC oder konvertible Pesos, das sind 20 US\$) betrug.

Was das Budget für 2007 betrifft, so wurde versichert, dass das Defizit die Summe von 1,912 Billionen Pesos nicht überschreiten werde. Das entspräche einem Prozentsatz von 3,1% des zu erwartenden BIP. Die genauen Zahlen sind jedoch noch nicht bekannt gegeben

worden. Wenn diese Summe auch niedriger ist als die des Vorjahres, so kann sie doch niemanden beruhigen, da wie schon erwähnt die Höhe des BIP überdimensioniert ist, die Relation Defizit/BIP folglich wesentlich ungünstiger ausfallen wird. Für 2008 ist ein Defizit von 2,574 Billionen Pesos vorgesehen, 3,8% des beabsichtigten BIP. Dies lässt einen nicht unerheblichen Anstieg des negativen Saldos im Vergleich zu den Vorjahren erwarten.

Seit längerer Zeit verschweigen die kubanischen Behörden die genaue Höhe des im Umlauf befindlichen Geldes. Das könnte auf eine starke Zunahme des Geldvolumens in Händen der Bevölkerung hinweisen, ohne dass dem ein entsprechendes Angebot von Gütern und Dienstleistungen gegenüber stehen würde. Nach inoffiziellen Schätzungen einiger Experten könnte es sich dabei um eine Summe von 20 Billionen Pesos handeln. Dies ist ein besorgniserregender Faktor, der sich bereits in einem steigenden Inflationsdruck niederschlägt.

Leider fehlen noch andere wichtige Indikatoren in den vorgelegten Berichten. Dazu gehören das Ergebnis der Zuckerrohrernte 2007 sowie Informationen über den Zustand der Zahlungsbilanz und über die Auslandsschulden. Auch die Bevölkerungszahl hat 2007 wieder abgenommen, mit den oben bereits erwähnten negativen Auswirkungen.

Für 2008 rechnete man mit einer Zunahme des BIP um 8,0 Prozent. Es ist aber bereits eine komplette Restrukturierung des Investitionsplans angekündigt worden, da die Mittel zur Verwirklichung des ursprünglichen Plans fehlen. Hier spielen auf der einen Seite der außerordentliche Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und Brennstoffe und auf der anderen Seite der gleichzeitige Preisverfall, im Vergleich zu 2007, bei Kubas Hauptexportware Nickel eine zentrale Rolle.

## Zahlungsfähigkeit geschwächt

Letzteres hat die Zahlungsfähigkeit des Landes in beträchtlicher Weise geschwächt. Gleichzeitig sind die von Raúl Castro versprochenen Reformen ausgeblieben....Die Regierung hat nur wenige makroökonomische Zahlen für das erste Halbjahr 2008 veröffentlicht. Es sind nur solche bekannt geworden, die einen gewissen Anstieg in einigen Bereichen, wie dem landwirtschaftlichen (7,5 %), dem industriellen (6,2 %) und dem Tourismusbereich (14,8 %) anzeigen. ...

Was die Landwirtschaft betrifft, so ist das Wachstum dort den guten klimatischen Bedingungen und einem generellen Anstieg der Preise für den Aufkauf von Agrarprodukten und Vieh geschuldet. Im Transportwesen sind für die Stadt Havanna mit der Inbetriebnahme neuer Busse aus China und anderen Ländern Verbesserungen zu verzeichnen; und im Tourismus wurde im ersten Halbjahr eine Zahl von 1.309.000 Besuchern erreicht.

Auch die Probleme im Bildungswesen nehmen zu und werden tiefgreifender. Auf nationaler Ebene sind 50 Prozent der Lehrer in der Sekundarstufe nicht adäquat ausgebildet. In der Stadt Havanna liegt diese Zahl bei 81 Prozent. Der besorgniserregende Zustand des kubanischen Bildungswesens wurde sowohl im Bericht über das

Schuljahr 2007-2008 als auch in den Debatten während der letzten Sitzung der Asamblea Nacional (Nationalversammlung) deutlich. Nidia González, die Präsidentin der regierungsnahen Asociación de Pedagogos de Cuba (Pädagogenverband Kubas), hat zugegeben, dass: "den jungen Lehrkräften Ausbildung und Erfahrung fehlen....Die verlängerte Zuckerrohrernte 2007-2008 erzielte ein geschätztes Ergebnis von etwas über 1,4 Millionen Tonnen Zucker. Dieses Ergebnis ist vergleichbar mit dem von 1907, als Kuba insgesamt eine Bevölkerung von 2,49 Millionen Menschen hatte.

In einer Rede, die Raúl Castro am 11. Juli vor der Asamblea Nacional hielt, wies er auf die schwierigen wirtschaftlichen Aussichten hin. Die Konsequenzen der derzeitigen internationalen Turbulenzen würden auch in Kuba spürbar werden. Dies ist eine tragische Perspektive für eine Bevölkerung, deren Lebensstandard unmöglich noch weiter zu reduzieren ist.

Die gegenwärtigen Zustände zeigen deutlich, dass nur zwei Optionen bleiben: Entweder der Weg der Reformen als einziges reales Mittel, Produktivität und Wohlstand zu steigern, um so den Auswirkungen der weltweiten Krise standhalten zu können; oder eine existenzielle Verschlechterung der Lage für die Bevölkerung, was Chaos und soziale Explosionen zur Folge haben könnte.

Zweifelsohne ist die Zukunft unseres Landes mit zahlreichen Fragezeichen versehen. Ein möglicher Wandel, der sich in der Rede vom 26. Juli 2007 und anderen Äußerungen Raúl Castros abzeichnete, erscheint angesichts der Furcht der Verantwortlichen in Kuba vor der Einführung effektiver wirtschaftlicher Veränderungen, die die so lange ausgeübte Kontrolle über die Bevölkerung gefährden könnten, immer unwahrscheinlicher. Das schafft große Unsicherheit, was die Zukunft Kubas angeht.

In Wechselwirkung mit dieser unerfreulichen Situation wächst jedoch täglich die Sehnsucht der Bevölkerung nach radikalen Veränderungen in Richtung Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Zentrale Aufgabe für uns alle, die wir ein besseres Schicksal für unsere Insel wollen, ist es, diese klare Tendenz durch eine gemeinsame Front aller, die wir Kuba lieben, zu stärken, ohne Ansicht ideologischer Unterschiede und mit dem Blick auf die Zukunft gerichtet.

## Die Gefangenen verkörpern die Tragödie der kubanischen Nation

Heute sind immer noch 55 meiner Mitstreiter von 2003 unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt, genauso wie Hunderte anderer friedlicher politischer Gefangener. Wenn die Verurteilungen von Gefangenen aus Gewissensgründen gestern ungerecht waren, so sind sie es heute noch viel mehr, da Raúl Castro die von uns beklagten Missstände anerkannt hat und die Tragödie, die die kubanische Nation aufgrund von nunmehr fast 50 Jahren Totalitarismus durchlebt, deutlicher denn je zutage tritt. Ich widme diesen, meinen bescheidenen Beitrag meinen gefangenen Gefährten und allen anderen politischen Gefangenen. Gleichzeitig schließe ich die Bitte an, die Forderung nach sofortiger Freilassung aller dieser Patrioten aufrechtzuerhalten.

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

**Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)**  
 Borsigallee 9  
 D-60388 Frankfurt a.M.



Tel: 069-420 108 0  
 Fax: 069-420 108 33  
 email: info@igfm.de  
 internet: www.igfm.de

## Redaktion:

Martin Lessenthin (Leitung)

Edgar Lamm, Julia Burkhart, Mareike Bergmann, Rolf Beller, Sebastian Grundberger.

## Layout und Satz:

Ulrike Lessenthin

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, daß unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfassernamen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen

## Links für Kubainteressierte:

- [www.cubacenter.org](http://www.cubacenter.org) Website des Center for a Free Cuba in englischer Sprache
- [www.cubanet.org](http://www.cubanet.org) tagesaktuelle Nachrichten aus Kuba
- [www.marporcuba.org](http://www.marporcuba.org) Homepage von Mothers and Women against Repression
- [www.puenteinfo.cubamiami.org](http://www.puenteinfo.cubamiami.org) Nachrichtendienst für kubanische Dissidenten
- [www.netforcuba.org](http://www.netforcuba.org) Website mit dissidenten Nachrichten über Kuba
- [www.directorio.org](http://www.directorio.org) Website des Demokratischen Direktoriums" kubanischer Oppositioneller
- [www.kuba-magazin.de](http://www.kuba-magazin.de) deutschsprachige Website

## Weitere Informationen

- Ja, ich möchte die IGFM näher kennen lernen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zu.
- Bitte schicken Sie mir regelmäßig den kostenlosen Informations-Brief "für Menschenrechte".
- Ja, ich möchte die Zeitschrift "menschenrechte" abonnieren, für 13,30 Euro pro Jahr oder im Förderabonnement für Euro\_\_\_\_\_. Die erste Ausgabe erhalte ich kostenlos zur Probe. Ich kann das Abonnement jederzeit kündigen.
- Ich möchte die Arbeit der IGFM finanziell unterstützen

Ich möchte Mitglied werden als:

- Einzelmitglied (50 Euro/ Jahr; ermäßigt für Schüler, Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildene: 20 Euro/ Jahr, kostenlos bis 18 Jahre)
- Familienmitglied (75 Euro/ Jahr ) mit Personen
- förderndes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 60 Euro oder \_\_\_\_Euro

Mit der Satzung und den Zielen der IGFM bin ich einverstanden und beantrage hiermit die Aufnahme. Zugleich erkläre ich, dass ich die freiheitliche Grundordnung anerkenne und keiner extremistischen Vereinigung angehöre

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/ Ort: \_\_\_\_\_

Tel: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

## EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V Borsigallee 9 60388 Frankfurt/ Main meine Jahresspende in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro durch Lastschrift

Girokontos Nr: \_\_\_\_\_  
 bei \_\_\_\_\_  
 BLZ \_\_\_\_\_

Die erste Abbuchung soll ab \_\_\_\_\_ erfolgen.  
 Diese Ermächtigung kann von mir jederzeit widerrufen werden.

Bitte füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn in einem Briefumschlag oder per Fax an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main oder per Fax an: 069 / 420108-33

## Freiheit für kubanische Frauenrechtlerin!



María de los Ángeles  
BORREGO MIR

Am 19. Dezember 2005 wurde María de los Ángeles Borrego Mir (47 J.) "zur Prävention einer zukünftigen Gefährdung der Gesellschaft" verhaftet. Das Gericht des Bezirks Regla von Havanna verurteilte sie zu vier Jahren Haft, die sie im Frauengefängnis Manto Negro von Havanna verbüßt.

Frau de los Ángeles Borrego Mir ist Gründerin des Frauenkomitees 'Comité de Madres Lenor Perez' und der unabhängigen Bibliothek 'Adolfo Reyes de la Cruz' in der Bücher von George Orwell, Martin Luther King sowie über Frauen- und Menschenrechte verliehen wurden.

Folter und Misshandlung des Opfers, um es psychisch und physisch zu brechen, machen in kubanischen Gefängnissen auch vor Frauen nicht Halt. Marias Ehemann Jesus Adolfo Reyes und ihre Kinder mussten zusehen, wie Gefängniswärter sie misshandelten. Wie Jesus Adolfo Reyes der IGFM berichtete, sind ihre Haftbedingungen entsetzlich. Maria schwebt in permanenter Gefahr, da sie in eine Zelle mit gewalttätigen Straftäterinnen gesperrt wurde, die sie auf Anweisung der Gefängniswärter bedrohen und misshandeln.

Mit meiner Unterschrift appelliere ich an die Regierung der Republik Kuba, die Menschenrechte zu respektieren und Frau Borrego umgehend freizulassen.

Bitte schicken  
sie mir weitere  
Infos über die  
Arbeit der IGFM.  
(Bitte ankreuzen)

Vor-, Nachname	Straße	Plz, Ort	Unterschrift

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die:  
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M.,  
Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: [info@igfm.de](mailto:info@igfm.de), Internet: [www.igfm.de](http://www.igfm.de)

